

DBfK Nordost e.V.Regionen Berlin, Brandenburg,
Mecklenburg-VorpommernAlt-Moabit 91
10559 BerlinT +49 30 2089 872-60
F +49 30 2089 872-89
nordost@dbfk.de
www.dbfk.deBank für Sozialwirtschaft
BIC BFSWDE33BER
IBAN DE05 1002 0500 0003 3455 00VR 4772 B
USt-IdNr. DE2142053664

DBfK Nordost e.V. · Alt-Moabit 91 · 10559 Berlin

Ministerium für Arbeit, Soziales,
Gesundheit, Frauen und Familie des
Landes Brandenburg
Referat 42
Tamara Doerfel
Henning-von-Tresckow Straße 2-13
14467 Potsdam

12. April 2019

Stellungnahme zum Abschlussbericht Dialog Pflegekammer

Wir begrüßen die Möglichkeit uns mit einer Stellungnahme zum Abschlussbericht erneut in den Diskurs einzubringen sehr. Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie hat mit dem Dialog Pflegekammer einen Prozess angestoßen, der die Diskussion um die Errichtung einer Pflegekammer in Brandenburg zu den Pflegefachkräften vor Ort gebracht hat. Der "Begleitausschuss Dialog Pflegekammer" unter der kompetenten Leitung von Frau Doerfel trug wesentlich dazu bei, dass sich alle im Bereich Pflegekammer aktiven Akteure einbringen konnten und somit das nun vorliegende repräsentative Ergebnis mitgestaltet haben. Wir danken Frau Doerfel ausdrücklich für ihr Engagement.

Gut informierte Pflegekräfte aus allen Sektoren haben sich mit einer signifikanten Mehrheit von 56% für die Errichtung einer Pflegekammer in Brandenburg ausgesprochen. Bei der Online-Befragung liegt dieser Wert sogar noch deutlich höher. Die Daten der Online-Befragung müssen deshalb in der Empfehlung an den Landtag angemessene Berücksichtigung finden.

Wir bewerten dieses sehr positive Ergebnis als eindeutiges Signal an die Politik, die Ergebnisse ernst zu nehmen und jetzt zu handeln. Pflegefachkräfte in Brandenburg wünschen sich eine wirkungsvolle, unabhängige gemeinsame Interessenvertretung, das wurde in der Befragung deutlich. Sie verbinden mit einer Pflegekammer die Stärkung des beruflichen Selbstverständnisses und ein Zuwachs an Selbstbewusstsein als Profession. Sie sehen in der Pflegekammer eine sinnvolle Ergänzung zu Berufsverbänden und Gewerkschaften. Selbst die Gegner einer Pflegekammer bestätigen, dass eine Pflegekammer die gemeinsamen Interessen unterschiedlicher Berufsgruppen vereint und mit einer Stimme gegenüber Politik und Arbeitgebern auftritt. Auch sie sehen, dass sich die Wahrnehmung und Attraktivität der Pflege in der Öffentlichkeit dadurch steigern ließe.

Dass der Dialog zum Thema Pflegekammer von den Pflegenden benutzt wurde, um darauf die aufgestauten akuten Probleme in der Pflege (Personalmangel und Entlohnung) zu projizieren zeigt, wie dringend Gesprächsbedarf besteht, den eigenen Bedürfnissen gegenüber Politik und Staat Ausdruck zu verleihen. Zeigt aber auch die Versäumnisse von Politik und Gewerkschaften. Dass vielen Pflegenden das Zusammenspiel der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte eher fremd ist, zeigt eigentlich nur, wie wichtig sowohl im Vorfeld der Befragung, als aber auch jetzt im Nachgang, die Fortsetzung politischer Aufklärungsarbeit u.a. zu den einzelnen Aufgaben und

Zuständigkeiten von Pflegekammern **und** Gewerkschaften, aber auch zu den politischen Prozessen notwendig ist. Der DBfK Nordost e.V. leistet hierzu einen regelmäßigen Beitrag und steht auch weiterhin zur Verfügung, diesen Prozess zu unterstützen.

Bei der Online-Befragung haben in der Mehrzahl die Teilnehmenden der Veranstaltungen abgestimmt. Ihr Anteil macht etwa 58% aus. Dies sind die „hochinteressierten und sich aktiv einbringenden Pflegefachkräfte.“ Unter diesen Teilnehmenden lag die Zustimmungquote bei 69%, die Zustimmung zum Pflichtbeitrag bei 59%. Deutlich höher als beim repräsentativen telefonischen Teil der Befragung. Diese höhere Zustimmung bei den durch die Veranstaltungen besonders gut informierten Teilnehmenden zeigt deutlich den Zusammenhang auf, der zwischen gut Informierten und deren Abstimmungsverhalten für eine Pflegekammer besteht.

Auch bei den Kammergegnern spielt die Frage des Pflichtbeitrags eine eher nachgeordnete Rolle. Per se stellt dies die Errichtung einer Pflegekammer nicht infrage. Zumal es sich nach Abzug der statistischen Abweichung um eine eher sehr knappe Mehrheit gegen einen Pflichtmitgliedsbeitrag handelt. Immerhin sind 83% der Pflegenden aus der unteren Einkommensgruppe für die Errichtung einer Brandenburger Pflegekammer und somit für die pflegerische Selbstverwaltung. Wäre die Thematik der Entlohnung und der Rahmenbedingungen (Personalmangel) hinreichend gelöst, hätten die Pflegenden für einen Kammerbeitrag auch genügend Geld. Auch hier ist der Zusammenhang eindeutig.

Wer durch die Rahmenbedingungen seiner Arbeit stark gefordert und belastet ist, kann sich ein zusätzliches ehrenamtliches Engagement in einer Pflegekammer nur schwer vorstellen. Insofern verwundert dieses Argument der Gegner nicht. Und trotzdem sind Pflegefachkräfte bereit ehrenamtlich mitzuwirken, die Mitgliedschaft in Verbänden bestätigt dies.

Besonders in der Diskussion mit Altenpflegekräften wurde deutlich, dass zumindest in der Wahrnehmung der Pflegekräfte selbst, die juristische Unterscheidung zwischen Pflegefachkräften und Pflegehilfskräften nicht existiert. „... vermutlich üben die Betroffenen ... vielfach gleiche Tätigkeiten aus.“ Eine alarmierende Feststellung! Diese zeigt, wie wichtig Lösungen zu Themen wie Berufsordnung, vorbehaltende Tätigkeiten und wirksame politische Interessenvertretung für die **Pflegefachkräfte** zu finden sind.

Gut informierte Pflegefachkräfte sprechen sich für eine Pflegekammer aus. Das bedeutet, dass der ohnehin umfangreiche Prozess zur Errichtung einer Pflegekammer gut mit kommunikativen Maßnahmen begleitet werden muss. Pflegefachkräfte in Brandenburg haben ihren Willen repräsentativ ausgedrückt. Nun muss Politik schnell handeln. Die Berufsgruppe hat dieses deutliche Zeichen von Respekt und Vertrauen verdient!

Der DBfK Nordost e.V. steht bereit, aktiv die Errichtung einer Pflegekammer in Brandenburg mit zu gestalten und die notwendige Kommunikation zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen



Franziska Rahmel
Geschäftsführerin